

Editorial

Dauerwahlkampf auf dem Buckel der Immigranten

Nach der SVP haben nun also auch die Linken die Vorteile der Einwanderungsinitiativen entdeckt. Und klar, es ist bestechend: Mit Asylsuchenden und Zuwanderern aus der EU lässt sich hervorragend Wahlkampf betreiben. Egal, zu welchem Lager man gehört. Entweder man singt das Hohelied der Schweizer Unabhängigkeit und behauptet, man befinde sich im Dichtestress – oder man schwört auf Weltoffenheit und die Auswahl der «Besten», die man angeblich erreicht, wenn man ganze Forscherteams für die Universitäten aus dem Ausland holt. Beides bringt Wählerstimmen, je nachdem, in welches Lager man gehört. Klar ist auch, wer dabei verliert: Es sind die etablierten Parteien der sogenannten Mitte, die FDP und die CVP. Nicht, dass man sie sonderlich bedauern müsste, denn sie haben das Problem, das der Mittelstand mit der zusätzlichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat, bis heute nicht richtig erkannt. Und so werden sie zwischen den Polen aufgerieben.

An Bedeutung verliert auch die offizielle Volksvertretung in Bern. Es ist kein Zufall, dass sowohl Christoph Blocher als auch seine Widersacher keinen Wert mehr

darauf legen, im Bundeshaus vertreten zu sein. Ausserhalb der Institutionen lässt es sich viel unbeschwerter fordern – was auch immer –, denn man muss sich ja nicht um die Umsetzung des erreichten Richtungswechsels kümmern. Das sollen die anderen erledigen und in den Amtsstuben Kompromisse austüfteln, die sie dann in Brüssel der Gegenseite verkaufen dürfen. Natürlich werden sie sich höchstens ein bisschen durchsetzen. Macht nichts, dafür kann man sie dann wieder wunderbar kritisieren.

«Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein»

Die Dimension der Arbeitslosigkeit und der ausufernden Kosten im Sozialwesen, die im Verhältnis viel höher sind als bei uns. Überall erstarken EU-kritische Parteien, welche die nächsten Wahlen entscheidend beeinflussen werden. Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein. Will Premierminister David Cameron die nächsten Wahlen gewinnen, dann muss er einen Erfolg im Zuwanderungsbereich vorweisen können. Lange zuwarten muss man dafür nicht, denn schon in einem halben Jahr wird auf der Insel gewählt. Somit wird sich bald einmal zeigen, was die Schweiz in Brüssel erreichen kann; mehr als die Briten bekommen, wird es für uns nicht geben, gleich viel schon. Doch die Prognose sei gewagt: Ruhig um das Thema wird es nicht. Auch dann nicht, wenn heute Ecopop abgelehnt wird.

Dabei könnte die Schweiz gelassen abwarten und beobachten, was sich innerhalb der EU alles tut. Dort haben die grossen Staaten England, Deutschland und Frankreich genau dieselben Probleme wie wir. Einfach noch verschärft um die Dimension der Arbeitslosigkeit und der ausufernden Kosten im Sozialwesen, die im Verhältnis viel höher sind als bei uns. Überall erstarken EU-kritische Parteien, welche die nächsten Wahlen entscheidend beeinflussen werden. Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein. Will Premierminister David Cameron die nächsten Wahlen gewinnen, dann muss er einen Erfolg im Zuwanderungsbereich vorweisen können. Lange zuwarten muss man dafür nicht, denn schon in einem halben Jahr wird auf der Insel gewählt. Somit wird sich bald einmal zeigen, was die Schweiz in Brüssel erreichen kann; mehr als die Briten bekommen, wird es für uns nicht geben, gleich viel schon. Doch die Prognose sei gewagt: Ruhig um das Thema wird es nicht. Auch dann nicht, wenn heute Ecopop abgelehnt wird.

Arthur Rutishauser,
Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 88
Rätsel — 63
Ferien und Reisen — 68
Marktplatz — 73
Impressum — 22

Immobilien Kauf — 48
Immobilien Miete — 49
Kino — 72
Veranstaltungen — 72
Bildung und Kurse — 49

Professoren eröffnen

Die Gruppe «Raus aus der Sackgasse» will den Verfassungsartikel vom



Denis von Burg und Pascal Tischhauser

Bern Der Saal im Hotel Bern ist bereits reserviert. Und der Plan liegt schon einige Wochen in der Schublade. Darüber gesprochen wurde bisher aber nicht, da sich die Politik im Abstimmungskampf um die Ecopop-Initiative ein Europamoratorium auferlegt hat. Jetzt aber soll der Waffenstillstand in der Auseinandersetzung um die Beziehung zu Europa beendet werden: Nachdem das Volk heute die Ecopop-Initiative wohl – wenn vielleicht auch nur knapp – ablehnt, startet die Gruppe «Raus aus der Sackgasse» die Rettung der Bilateralen.

Am Dienstag um 9 Uhr lanciert die Vereinigung um die Rechtsprofessoren Thomas Geiser und Andreas Auer ein Volksbegehren, um den Verfassungsartikel vom 9. Februar zu streichen. Der besagte Artikel 121a verlangt, die Zuwanderung mit Höchstzahlen und Kontingenten zu begrenzen sowie Schweizer Arbeitskräfte zu bevorzugen. Dieser

Passus lässt sich nicht mit der Personenfreizügigkeit mit der EU vereinbaren. Sie müsste gekündigt werden, was womöglich gar zur Kündigung aller Verträge der Bilateralen I führen würde.

SVP-Strategie Blocher lacht sich schon ins Fäustchen

Die Streichungsinitiative der «Raus aus der Sackgasse»-Gruppe ist durchaus ernst zu nehmen. Sie wird inzwischen nicht nur von Prominenten wie Clown Dimitri unterstützt, sondern auch von Unternehmern und potenten Wirtschaftsverbänden wie Swisscleantech und dessen Präsidenten Nick Beglinger. Bei Swisscleantech sind über 400 Firmen aus dem Bereich nachhaltige Technologie wie Landis + Gyr und Tochterfirmen von Post und Alpiq vertreten.

Die Volksinitiative stammt nicht aus der Exotenecke. Ihre Protagonisten sind Teil einer Reihe von Gruppierungen und Politiker-Allianzen, die sich nach dem 9. Februar der Revision der SVP-Initiative verschrieben haben. Und trotzdem

Die SVP droht mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit, sollte die Zuwanderungsbeschränkung ausgehebelt werden

Foto: EQ Images

sind in Bundesbern auch unter den Europa-Freunden nicht alle glücklich mit dem Vorpreschen der Initianten. Manche kritisieren das «unkoordinierte Vorgehen».

Auch BDP-Nationalrat Hans Grunder, der im Parlament selbst einen Vorstoss eingereicht hat, um die Einwanderungskontingente durch europakompatible Instrumente zur Zuwanderungssteuerung zu ersetzen, hält das Volksbegehren für eine Fehler. Er fürchtet den Absturz in einer Volksabstimmung. Grunder: «Die Streichungsinitiative ist ein Himmelfahrtskommando. Es braucht eine ausgewogene Vorlage.»

SVP-Strategie Blocher jedenfalls freut sich schon: «Den Initianten kann ich nur viel Glück wünschen. Eine Initiative, welche die Bestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative wieder streichen will, hat keine Chance. Das wird den beschlossenen Zuwanderungsartikel festigen. Und dann steht definitiv fest, dass die Personenfreizügigkeit gekündigt werden muss.»

Migranten kommen bei SRF schlecht weg

Kurz vor der Abstimmung zur Masseneinwanderung war nur 1 Prozent der Akteure Ausländer. Werden sie erwähnt, dann meist als Problem

Zürich Sollte die Ecopop-Initiative heute angenommen werden, hat das Schweizer Fernsehen seinen Teil dazu beigetragen. Migranten und Migrantinnen sind in der SRF-Berichterstattung notorisch untervertreten. Wenn sie doch vorkommen, dann überwiegend in einem negativen Kontext.

Zu diesem Schluss kommt das Medienbeobachtungsinstitut Mediatenor aus Rapperswil, das im Auftrag des UNO-Programms UN Academic Impact alle «Tagesschau»-Sendungen seit Anfang Jahr unter die Lupe genommen hat – insgesamt 2992 Nachrichtensendungen mit 14056 Akteuren.

Mediatenor rechnet vor, dass im vergangenen Januar, dem Monat vor der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative, der Anteil an Berichten über Minderheitenpolitik und Immigration im Schweizer Fernsehen bei nur 4 Prozent gelegen habe. Von allen Akteuren seien nur 1 Prozent Ausländer gewesen. Zieht man in Betracht, dass der

Ausländeranteil der Schweiz bei über 20 Prozent liegt, ist das sehr wenig.

Im Monat Februar, nach der Abstimmung also, sei in der «Tagesschau» der Anteil der Berichterstattung über Immigration auf über 16 Prozent hochgeschwungen. In dieser Zeit, so Mediatenor, habe sich auch der Ton gewandelt. Migranten seien vermehrt positiv erwähnt worden.

Sogar hausintern gab es Kritik an der Migrationsberichterstattung

Danach sei das Interesse wieder abge-sackt. Im September habe die Berichterstattung über Immigration nur noch einen Anteil von 2 Prozent erreicht. Auch im Monat vor der Ecopop-Initiative kletterte der Wert nicht über 4 Prozent. Gleichzeitig wurde wieder eher negativ über Ausländer berichtet.

Das Fazit der Mediatenor-Studie: «Nach der allgemein nicht erwarteten Zustimmung zur SVP-Initiative für eine Zuwanderungsbegrenzung gab es nur

Schlacht um Europa

9. Februar streichen lassen und lanciert eine Volksinitiative



Prof. Andreas Auer (links), Nick Beglinger: Der Swisscleantech-Präsident unterstützt das Anliegen



Clown Dimitri (links), Prof. Thomas Geiser: Haben sich die Rettung der Bilateralen auf die Fahne geschrieben



Fabian Eberhard



Andere europafreundliche Parlamentarier sehen aber durchaus Sinn in der Vorwärtstrategie der Streichungsinitiative. Die Zürcher CVP-Aussenpolitikerin Kathy Riklin sagt: «Das ist ein demokratisches Vorgehen. Das Volk wird einbezogen. Und die Initiative gibt jenen die nötige demokratische Legitimation, die sich im Parlament und im Bundesrat für eine europakompatible Politik starkmachen.»

Kontingente nur im Krisenfall und bei anhaltend hoher Zuwanderung

So könnte die «Raus aus der Sackgasse»-Initiative zur politischen Rückendeckung für diejenigen werden, die eine strikte Umsetzung der SVP-Initiative verhindern und so die bilateralen Verträge mit Europa sichern wollen. Und ein solcher Rückhalt könnte besonders dann nötig sein, wenn die Ecopop-Vorlage heute nur knapp abgelehnt würde.

Politisch am Zug ist derzeit eigentlich der Bundesrat, der demnächst die Verhandlungen mit Brüssel eröffnen soll. Immer klarer wird, dass das Prinzip der

Personenfreizügigkeit für die EU ein Tabu und die Einführung von Kontingenten nicht akzeptabel ist für die Mitgliedsstaaten. Die Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) und der Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) haben deshalb laut Informationen der SonntagsZeitung in der Aussenpolitischen Kommission (APK) der beiden Räte erklärt, dass die Schweiz in den Verhandlungen mit Brüssel nur noch eine Schutzklausel anstrebe. Kontingente könnten nur im Krisenfall und bei anhaltend hoher Zuwanderung eingeführt werden. Nur so seien die Personenfreizügigkeit und damit die anderen Verträge mit Europa zu retten.

Dieses Vorgehen ist der SVP ein Dorn im Auge. Schon in der APK versuchte die Partei, den Bundesrat darauf zu verpflichten, dass in den Verhandlungen mit der EU der Begrenzung der Zuwanderung eine höhere Priorität eingeräumt werde als der Sicherung der bilateralen Verträge. Die Blocher-Partei scheiterte mit diesem Vorhaben jedoch. Jetzt nimmt die SVP im Parlament einen zweiten Anlauf, den

Bundesrat zur Einführung von Kontingenten zu zwingen. Parteipräsident Toni Brunner will in der Fragestunde von Bundesrätin Sommaruga wissen, welche Prioritäten der Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU habe und ob dieser bereit sei, die Personenfreizügigkeit zu kündigen und die bilateralen Verträge aufzugeben, wenn die EU Kontingente nicht akzeptiere.

Parteivordenker Christoph Blocher droht bereits, das Verhandlungsergebnis gar nicht erst abzuwarten und den Bundesrat mit einer zweiten Initiative auf SVP-Kurs zu zwingen. Blocher: «Wenn der Bundesrat Zuwanderungsbeschränkungen mit dem Trick einer Schutzklausel aushebeln will, werden wir eine Initiative ergreifen, die klipp und klar die Kündigung der Personenfreizügigkeit verlangt.» Und Blocher macht klar, dass man den Ausgang der Verhandlungen gar nicht erst abwarten würde. Der Initiativkrieg um die Beziehungen zur Europäischen Union ist mit dem heutigen Abstimmungstag erst eröffnet.



«Arena» vom 17. Januar: Gehts um Ausländer, reden fast nur Schweizer

kurz positive Beiträge zum wirtschaftlichen und sozialen Beitrag von Zuwanderern. Im Schweizer Fernsehen erleben Schweizer ihre Mitbürger vor allem als Problem.»

Die SRF-Medienstelle weist darauf hin, dass im Vorfeld von Abstimmungen alle Redaktionen strengstens darauf achten würden, die Pro- und Kontra-Seiten ausgewogen zu Wort kommen zu lassen. «Im

Hinblick auf die Ecopop-Abstimmung vom Wochenende wurde diese Richtlinie eingehalten», sagt Sprecherin Andrea Wenger.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Migrationsberichterstattung von SRF kritisiert wird – vor kurzem gar vom hauseigenen Magazin «Link». In einem Artikel mit der Überschrift «Kein offenes Mikrofon für Migranten» verlangt unter anderem die Eidgenössische Kommission für Migration, dass sich das SRF mehr an den Bedürfnissen von Migranten orientiere – «so wie das die Grossverteiler tun, die dieses grosse Kundensegment bereits ansprechen».

Vor diesem Hintergrund sind wohl auch die kürzlich bekannt gewordenen Pläne des SRF-Unterhaltungschefs Christoph Gebel zu verstehen. Statt Kühe und Alpen will er mehr auf «Secondo-TV» setzen. Ein Indiz, dass den TV-Machern Folgendes bewusst ist: Ihre Berichterstattung ist nicht so ausgewogen, wie sie diese darstellen. Barnaby Skinner

Bundesamt rechnet mit rekordhohen Asylzahlen

Das BFM erwartet 31 000 Gesuche für 2015. Kantone fürchten Notstand bei Unterbringung

Fabian Eberhard

Bern Flüchtlingsströme lassen sich schwer voraussagen. Ein neuer Krieg, wie ihn die IS-Terroristen im Irak angezettelt haben, kann innert Wochen Hunderttausende Menschen vertreiben. Genauso genügt ein stürmischer Herbst mit hohen Wellen auf dem Mittelmeer, und die Zahl von Bootsflüchtlingen in Südeuropa geht zurück.

Trotzdem können Experten Szenarien erstellen, die meist relativ genau eintreffen. Eine Aufgabe, die in der Schweiz das Bundesamt für Migration (BFM) übernimmt. Jeweils im Januar teilt der Bund den kantonalen Migrationsämtern mit, von wie vielen Asylgesuchen die Schweiz im neuen Jahr ausgehen muss.

Noch liegen den Kantonen keine Zahlen vor. Recherchen zeigen aber, dass die Fachleute des BFM bereits eine interne Prognose erstellt haben. Und diese lässt aufhorchen: Der Bund erwartet für 2015 einen deutlichen Anstieg von Asylgesuchen. Das BFM geht von bis zu 31 000 neuen Anträgen aus. Das wären rund 30 Prozent mehr als im laufenden Jahr und so viele wie seit der Kosovo-Krise 1999 nicht mehr. Damals ersuchten 47 000 Menschen um Asyl in der Schweiz.

BFM-Sprecherin Gaby Szöllösy bestätigt: «Wir gehen in einem ersten Schätzwert von bis zu 31 000 Gesuchen aus.» Wahrscheinlichstes Szenario sei eine Zahl von 29 000, möglich sind aber auch 2000 mehr. So oder so: Die Kantone müssten Tausende neue Plätze bereitstellen.

Der grösste Teil der Asylsuchenden wird voraussichtlich wie bereits im laufenden Jahr aus Eritrea und Syrien stammen. Dahinter dürften laut Szöllösy Menschen aus Afghanistan, Marokko, Nigeria, Somalia, Sri Lanka und Tunesien folgen.

Weder Grenzschutz noch Ansprechpartner in Libyen

Eduard Gnesa, Schweizer Sonderbotschafter für Migration und ehemaliger BFM-Direktor, ortet die Lage in Libyen als eine der Hauptursachen für den erwarteten Anstieg: «Das Land befindet sich faktisch in einem Bürgerkrieg. Es gibt weder einen Grenzschutz noch Ansprechpartner.» Die Küste, von wo die meisten Bootsflüchtlinge zu ihrer gefährlichen Überfahrt nach Europa starten, sei zurzeit praktisch unkontrolliert. «Schlepper nutzen diese unübersichtliche Situation aus und schleusen Flüchtlinge aus Nigeria, Mali oder Eritrea nach Europa.»

Zudem zeichnet sich laut Gnesa keine Lösung der Konflikte in

Syrien und im Irak ab. Neu dürfte auch Afghanistan in den Fokus rücken: «Niemand weiss, was bei einem Abzug der Amerikaner passiert. Gut möglich, dass die Lage zunehmend instabil wird.»

«Vergessen wir nicht die Menschen hinter den Zahlen»

Das BFM will die Prognosen im Januar den Kantonen unterbreiten. Doch diese sind angesichts des erwarteten Rekordsturms bereits aufgeschreckt. Hans-Jürg Käser, Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), befürchtet «gravierende» Probleme bei der Unterbringung. «Das System läuft bereits jetzt am Limit», sagt er. Es werde eine grosse Herausforderung, noch mehr Plätze für Asylsuchende zu finden.

Die grüne Sozialvorsteherin aus dem Kanton Aargau, Susanne Hochuli, spricht von einer «grossen Aufgabe für unser kleines Land». Sie geht davon aus, dass es allein im Aargau mehr als 300 zusätzliche Plätze braucht. Gleichzeitig mahnt sie: «Vergessen wir nicht, dass hinter den Zahlen Menschen stehen.» Die Schweiz stehe aufgrund ihrer humanitären Tradition in der Pflicht, ihren Beitrag zur Eindämmung des Flüchtlingselends zu leisten.

Das BFM rechnet damit, dass die Kantone die Kapazitäten massiv erhöhen müssten. «Es bräuchte Tausende Plätze mehr als in diesem Jahr», sagt Szöllösy. Der Bund sei allerdings bestrebt, seine eigenen Unterbringungsmöglichkeiten zu steigern, um den Kantonen eine genügende Vorlaufzeit zur Anpassung der Kapazitäten gewähren zu können.

Container-Siedlungen auf stillgelegten Militärflugplätzen

Erschwerend hinzu kommt, dass viele der neuen Asylsuchenden längere Zeit in der Schweiz bleiben werden. «Bei der Mehrheit der erwarteten Gesuchsteller dürfte es sich um Menschen handeln, die Schutz benötigen», sagt die BFM-Sprecherin.

Das bedeutet, dass nicht nur auf die Kantone, sondern auch auf die Gemeinden zusätzliche Aufgaben bei der Integration und der finanziellen Unterstützung der Flüchtlinge zukommen.

Für Beat Meiner von der Flüchtlingshilfe ist klar: «Die Schweiz muss endlich aus der Komfortzone ausbrechen. Die katastrophale Lage in und um Syrien verlangt auch bei uns nach ausserordentlichen Massnahmen.» Er schlägt vor, Militärkasernen als Unterkünfte zu nutzen und auf stillgelegten Militärflugplätzen Container-Siedlungen zu erstellen.

«Der grösste Teil wird wohl wie 2014 aus Eritrea und Syrien stammen»

Editorial

Dauerwahlkampf auf dem Buckel der Immigranten

Nach der SVP haben nun also auch die Linken die Vorteile der Einwanderungsinitiativen entdeckt. Und klar, es ist bestechend: Mit Asylsuchenden und Zuwanderern aus der EU lässt sich hervorragend Wahlkampf betreiben. Egal, zu welchem Lager man gehört. Entweder man singt das Hohelied der Schweizer Unabhängigkeit und behauptet, man befinde sich im Dichtestress – oder man schwört auf Weltoffenheit und die Auswahl der «Besten», die man angeblich erreicht, wenn man ganze Forscherteams für die Universitäten aus dem Ausland holt. Beides bringt Wählerstimmen, je nachdem, in welches Lager man gehört. Klar ist auch, wer dabei verliert: Es sind die etablierten Parteien der sogenannten Mitte, die FDP und die CVP. Nicht, dass man sie sonderlich bedauern müsste, denn sie haben das Problem, das der Mittelstand mit der zusätzlichen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat, bis heute nicht richtig erkannt. Und so werden sie zwischen den Polen aufgerieben.

An Bedeutung verliert auch die offizielle Volksvertretung in Bern. Es ist kein Zufall, dass sowohl Christoph Blocher als auch seine Widersacher keinen Wert mehr

darauf legen, im Bundeshaus vertreten zu sein. Ausserhalb der Institutionen lässt es sich viel unbeschwerter fordern – was auch immer –, denn man muss sich ja nicht um die Umsetzung des erreichten Richtungswechsels kümmern. Das sollen die anderen erledigen und in den Amtsstuben Kompromisse austüfteln, die sie dann in Brüssel der Gegenseite verkaufen dürfen. Natürlich werden sie sich höchstens ein bisschen durchsetzen. Macht nichts, dafür kann man sie dann wieder wunderbar kritisieren.

«Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein»

Die Dimension der Arbeitslosigkeit und der ausufernden Kosten im Sozialwesen, die im Verhältnis viel höher sind als bei uns. Überall erstarken EU-kritische Parteien, welche die nächsten Wahlen entscheidend beeinflussen werden. Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein. Will Premierminister David Cameron die nächsten Wahlen gewinnen, dann muss er einen Erfolg im Zuwanderungsbereich vorweisen können. Lange zuwarten muss man dafür nicht, denn schon in einem halben Jahr wird auf der Insel gewählt. Somit wird sich bald einmal zeigen, was die Schweiz in Brüssel erreichen kann; mehr als die Briten bekommen, wird es für uns nicht geben, gleich viel schon. Doch die Prognose sei gewagt: Ruhig um das Thema wird es nicht. Auch dann nicht, wenn heute Ecopop abgelehnt wird.

Dabei könnte die Schweiz gelassen abwarten und beobachten, was sich innerhalb der EU alles tut. Dort haben die grossen Staaten England, Deutschland und Frankreich genau dieselben Probleme wie wir. Einfach noch verschärft um die Dimension der Arbeitslosigkeit und der ausufernden Kosten im Sozialwesen, die im Verhältnis viel höher sind als bei uns. Überall erstarken EU-kritische Parteien, welche die nächsten Wahlen entscheidend beeinflussen werden. Vor allem was in England geschieht, wird wegweisend sein. Will Premierminister David Cameron die nächsten Wahlen gewinnen, dann muss er einen Erfolg im Zuwanderungsbereich vorweisen können. Lange zuwarten muss man dafür nicht, denn schon in einem halben Jahr wird auf der Insel gewählt. Somit wird sich bald einmal zeigen, was die Schweiz in Brüssel erreichen kann; mehr als die Briten bekommen, wird es für uns nicht geben, gleich viel schon. Doch die Prognose sei gewagt: Ruhig um das Thema wird es nicht. Auch dann nicht, wenn heute Ecopop abgelehnt wird.

Arthur Rutishauser,
Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 88
Rätsel — 63
Ferien und Reisen — 68
Marktplatz — 73
Impressum — 22

Immobilien Kauf — 48
Immobilien Miete — 49
Kino — 72
Veranstaltungen — 72
Bildung und Kurse — 49

Professoren eröffnen

Die Gruppe «Raus aus der Sackgasse» will den Verfassungsartikel vom



Denis von Burg
und Pascal Tischhauser

Bern Der Saal im Hotel Bern ist bereits reserviert. Und der Plan liegt schon einige Wochen in der Schublade. Darüber gesprochen wurde bisher aber nicht, da sich die Politik im Abstimmungskampf um die Ecopop-Initiative ein Europamatorium auferlegt hat. Jetzt aber soll der Waffenstillstand in der Auseinandersetzung um die Beziehung zu Europa beendet werden: Nachdem das Volk heute die Ecopop-Initiative wohl – wenn vielleicht auch nur knapp – ablehnt, startet die Gruppe «Raus aus der Sackgasse» die Rettung der Bilateralen.

Am Dienstag um 9 Uhr lanciert die Vereinigung um die Rechtsprofessoren Thomas Geiser und Andreas Auer ein Volksbegehren, um den Verfassungsartikel vom 9. Februar zu streichen. Der besagte Artikel 121a verlangt, die Zuwanderung mit Höchstzahlen und Kontingenten zu begrenzen sowie Schweizer Arbeitskräfte zu bevorzugen. Dieser

Passus lässt sich nicht mit der Personenfreizügigkeit mit der EU vereinbaren. Sie müsste gekündigt werden, was womöglich gar zur Kündigung aller Verträge der Bilateralen I führen würde.

SVP-Strategie Blocher lacht sich schon ins Fäustchen

Die Streichungsinitiative der «Raus aus der Sackgasse»-Gruppe ist durchaus ernst zu nehmen. Sie wird inzwischen nicht nur von Prominenten wie Clown Dimitri unterstützt, sondern auch von Unternehmern und potenten Wirtschaftsverbänden wie Swisscleantech und dessen Präsidenten Nick Beglinger. Bei Swisscleantech sind über 400 Firmen aus dem Bereich nachhaltige Technologie wie Landis + Gyr und Tochterfirmen von Post und Alpiq vertreten.

Die Volksinitiative stammt nicht aus der Exotenecke. Ihre Protagonisten sind Teil einer Reihe von Gruppierungen und Politiker-Allianzen, die sich nach dem 9. Februar der Revision der SVP-Initiative verschrieben haben. Und trotzdem

Die SVP droht mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit, sollte die Zuwanderungsbeschränkung ausgehebelt werden

Foto: EQ Images

sind in Bundesbern auch unter den Europa-Freunden nicht alle glücklich mit dem Vorpreschen der Initianten. Manche kritisieren das «unkoordinierte Vorgehen».

Auch BDP-Nationalrat Hans Grunder, der im Parlament selbst einen Vorstoss eingereicht hat, um die Einwanderungskontingente durch europakompatible Instrumente zur Zuwanderungssteuerung zu ersetzen, hält das Volksbegehren für eine Fehler. Er fürchtet den Absturz in einer Volksabstimmung. Grunder: «Die Streichungsinitiative ist ein Himmelfahrtskommando. Es braucht eine ausgewogene Vorlage.»

SVP-Strategie Blocher jedenfalls freut sich schon: «Den Initianten kann ich nur viel Glück wünschen. Eine Initiative, welche die Bestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative wieder streichen will, hat keine Chance. Das wird den beschlossenen Zuwanderungsartikel festigen. Und dann steht definitiv fest, dass die Personenfreizügigkeit gekündigt werden muss.»

Migranten kommen bei SRF schlecht weg

Kurz vor der Abstimmung zur Masseneinwanderung war nur 1 Prozent der Akteure Ausländer. Werden sie erwähnt, dann meist als Problem

Zürich Sollte die Ecopop-Initiative heute angenommen werden, hat das Schweizer Fernsehen seinen Teil dazu beigetragen. Migranten und Migrantinnen sind in der SRF-Berichterstattung notorisch untervertreten. Wenn sie doch vorkommen, dann überwiegend in einem negativen Kontext.

Zu diesem Schluss kommt das Medienbeobachtungsinstitut Mediatenor aus Rapperswil, das im Auftrag des UNO-Programms UN Academic Impact alle «Tagesschau»-Sendungen seit Anfang Jahr unter die Lupe genommen hat – insgesamt 2992 Nachrichtensendungen mit 14056 Akteuren.

Mediatenor rechnet vor, dass im vergangenen Januar, dem Monat vor der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative, der Anteil an Berichten über Minderheitenpolitik und Immigration im Schweizer Fernsehen bei nur 4 Prozent gelegen habe. Von allen Akteuren seien nur 1 Prozent Ausländer gewesen. Zieht man in Betracht, dass der

Ausländeranteil der Schweiz bei über 20 Prozent liegt, ist das sehr wenig.

Im Monat Februar, nach der Abstimmung also, sei in der «Tagesschau» der Anteil der Berichterstattung über Immigration auf über 16 Prozent hochgeschwungen. In dieser Zeit, so Mediatenor, habe sich auch der Ton gewandelt. Migranten seien vermehrt positiv erwähnt worden.

Sogar hausintern gab es Kritik an der Migrationsberichterstattung

Danach sei das Interesse wieder abge-sackt. Im September habe die Berichterstattung über Immigration nur noch einen Anteil von 2 Prozent erreicht. Auch im Monat vor der Ecopop-Initiative kletterte der Wert nicht über 4 Prozent. Gleichzeitig wurde wieder eher negativ über Ausländer berichtet.

Das Fazit der Mediatenor-Studie: «Nach der allgemein nicht erwarteten Zustimmung zur SVP-Initiative für eine Zuwanderungsbegrenzung gab es nur